

Die „Volksmacht“  
erschließt täglich Nachmittag außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 5/8,  
durch die Post und  
durch Colportage zu beziehen.  
Preis vierteljährlich 1 Mk. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Postzeitungsliste Nr. 7994.

# Volksmacht

Informationsblätter  
betreffend die einflußreiche  
Beitragliste über deren Name  
20 Pfennige, für Vereins- und  
Versammlungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Nr. 451.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 69. Donnerstag, den 22. März 1900. 11. Jahrgang.

### Politische Uebersicht.

#### Die indirekten Steuern.

Um die Kosten der neuen Flottenvorlage aufzubringen, sollen bekanntlich Anleihen aufgenommen werden. Neue Steuern erklärt die Regierung nicht für nötig. Die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihen müßte nun aus den Matrikularbeiträgen, d. h. aus den von den einzelnen Staaten pro Kopf ihrer Einwohner an das Reich zu zahlenden Beiträgen, oder aus den Zöllen und Verbrauchsteuern bestritten werden. Freilich wöher müssen doch die kolossalen Summen, die die geplante Flottenvermehrung erfordert, genommen werden. Was das Reich jetzt an Einnahmen hat, das kann es zu anderen Zwecken, um die Kosten der Flottenvorlage zu beden, nicht verwenden; um die Kosten der Flottenvorlage zu beden, müssen die Beiträge der Volkzahl einhergehende Steigerung der Steuerlast nicht ausreichen kann, neue Steuerquellen erschlossen werden. Da das Reich eine Einkommensteuer nicht hat, neue Steuern angeblich nicht eingeführt werden sollen, werden entweder die Matrikularbeiträge der einzelnen Staaten oder die Zölle und Verbrauchsteuern erhöht werden müssen. Der erste Weg besteht bei den Bundesregierungen sicher nicht die mindeste Geneigtheit. Von der Einführung einer Reichseinkommensteuer will man gleich gar nichts wissen, denn wenn diese eingeführt werden sollte, würde es ja den besthabenden Klassen nicht einfallen, für die Flottenvorlage einzutreten. Ueberall bieten die Diskussionen, die die Flottenenthusiasten über die Frage der Deckung der Kosten der Kriegsschiffvermehrung pflegen, das Bild, daß jeder voraussetzt, die Kosten würden den breiten Massen aufgewälzt, nicht durch eine progressive Steuer aufgebracht werden. Mit Ausnahme einer Hand voll Leute wollen die Flottenenthusiasten die Kosten durch die indirekten Steuern aufgebracht wissen. Da ist es umsomehr von Wichtigkeit, die Wirkung dieser Art Steuern zu kennen, die die indirekten Steuern schon jetzt auf die breiten Massen, insbesondere auf die Arbeiter, ausüben. Die Berliner „Volkszeitung“ hat zwei wissenschaftliche Gutachten zusammengestellt, die in dieser Angelegenheit abzugeben wurden. Es sind keine Sozialdemokraten, die das genannte Blatt zitiert, sondern Leute, die auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehen und von diesen als einwandfreie Zeugen anerkannt werden müssen.

Es sind zwei Respektspersonen, der preussische Geheimrath Rasse und der hervorragende Tübingener Nationalökonom Professor Fr. J. Neumann, die die Ungerechtigkeit der indirekten Steuern ins hellste Licht setzen. Der Geheimrath Rasse weist nach, wie sehr der deutsche Arbeiter gegenüber dem Arbeiter im fremdländischen England durch die Zölle benachteiligt ist. Es heißt nämlich der Bergmann

	in Newcastle (England)	in Saarbrücken (Rheinland)
für ein kilo Schmalz 64—84 Pf.	100 Pf.	100 Pf.
Speck 110	160—200	160—200
Ris 18—19	30—60	30—60
Zucker 27—36	70—80	70—80

Dabei sind den Angaben noch Konsumvereinspreise zu Grunde gelegt, so daß der Einwand der Verweigerung durch den Kleinhandel in diesem Falle nicht wohl gemacht werden kann.

Sodann hat Professor Fr. J. Neumann sich der Frage unterzogen, über 500 Haushaltungsbudgets darauf zu untersuchen, wie stark die verschiedenen Einkommens-

stufen durch die indirekte Steuer belastet werden. Aus seinen Tabellen ergibt sich, daß die Belastung der kleineren Einkommen durch die indirekten Steuern ganz unverhältnismäßig groß ist, und, in Prozenten des Einkommens ausgedrückt, oft das zwanzigfache und noch mehr der Besteuerung der Reichen beträgt. Einige Beispiele mögen das beweisen. Prof. Neumann hat die von ihm untersuchten Budgets in sechs Klassen getheilt: 1. die der Reichen mit mehr als 10,000 Mark Einkommen, 2. der Wohlhabenden mit 4—10,000 Mark, 3. der mittleren Klassen mit 2—4000 Mark, 4. der wenig Bemittelten mit 1200—2000 Mark, 5. der Unbemittelten mit 800 bis 1200 Mark und endlich 6. der Armen mit weniger als 800 Mark Einkommen.

In diesen Vermögensklassen betrug z. B. die Steuer auf Salz

in der 1. Klasse (über 10,000 Mk.)	Mk.	Prozente des Einkommens
2. (4—10,000 „)	4,5	0,02 Proz.
3. (2—4000 „)	3,4	0,08 „
4. (1200—2000 „)	3,3	0,12 „
5. (800—1200 „)	2,5	0,19 „
6. (unter 800 „)	2,9	0,29 „
	2,8	0,56 „

oder kurz und bündig: Der Arme hat einen im Verhältnis zu seinem Einkommen acht und zwanzig Mal so hohen Steuerbetrag zu entrichten als der Reiche!

Nicht ganz so schlimm liegen diese Dinge beim Zucker (1. Klasse 0,11 Prozent, 5. Klasse 0,19 Prozent, 6. Klasse 0,17 Prozent); aber beim Kaffee erreicht die von den Unbemittelten gezahlte Steuer (0,44 Prozent) doch fast das Fünffache des Saßes der Reichen; beim Petroleum zahlt der Arbeiter mit 0,38 Prozent seines Einkommens ebenfalls mehr als fünfmal so viel als der Reiche mit 0,07 Prozent.

Bei Fett, Speck, Schmalz und anderen Fetten hat der Unbemittelte wiederum das Bierzehnfache der Steuerlast des Reichen zu tragen, und noch schlimmer ist die Sache bei Brot, Mehl, Reis und Sago. Selbst bei der Annahme, daß diese Artikel nicht um den ganzen Zollsatz, sondern nur um 50 bis 100 Proz. verteuert werden, gelangt Neumann zu folgendem Ergebnis. Es betrug:

bei einem Einkommen von Mark	in Mark	die Steuer in Proz. d. Einkom.
I. über 10,000	30,8—60,5	0,12—0,24
II. 4—10,000	18,7—37,6	0,31—0,62
III. 2—4000	11,3—22,6	0,39—0,77
IV. 1200—2000	12,7—25,4	0,95—1,89
V. 800—1200	12,9—25,7	1,29—2,58
VI. unter 800	13,6—27,3	2,70—5,39

Durch die Getreidezölle werden also von den Einkommen unter 4000 Mk. (III.—VI. Stufe) nicht nur absolut um so mehr Steuern erhoben, je kleiner sie werden, sondern die Prozentätze steigen von oben nach unten auch derart an, daß der Arme im Verhältnis zu seinem Einkommen das Zweihundzwanzigfache der Steuer des Reichen entrichten muß.

Neumann faßt das Gesamtergebnis seiner Untersuchungen über die durch die Steuern auf Salz, Zucker, Kaffee, Petroleum, Tabak, geistige Getränke, Brot, Mehl u. s. w., Fett, Speck und Schmalz bewirkte Belastung der verschiedenen Einkommen dahin zusammen, daß sie zusammen beträgt in der 1. Kl. 1,13—1,26 Proz., 2. Kl. 1,60—1,94 Proz., 3. Kl. 1,69—2,13 Proz., 4. Kl. 2,73 bis 3,76 Proz., 5. Kl. 3,70—5,12 Proz., 6. Kl. 4,51 bis

7,28 Proz. Das Subresultat ist also, daß durch die Verbrauchsabgaben die Einkommen über 10,000 Mk. mit 1 1/2 bis 1 1/4 Proz., die unter 800 Mk. mit 4 1/2 bis 7 1/2 Proz. indirekter Steuern belastet werden, oder die Armen im Verhältnis zu ihrem Einkommen vier- bis sechsmal so stark als die Reichen!

Dabei ist noch Folgendes zu beachten. Die von Neumann berechneten Angaben sind Durchschnittszahlen, belegen also auch nur, daß der Durchschnittshaushalt des armen Mannes mit 4 1/2 bis 7 1/2 Prozent indirekter Steuern belastet wird. Wie hoch diese Zahlen bei einer kinderreichen Familie anwachsen, davon schweigt des Sängers Höflichkeit.

Wenn nun die Flottenvorlage bewilligt würde und, wie vorausgesehen, die laufenden Einnahmen des Reiches bann nicht zulangen, so müßten die Zölle, die Verbrauchsteuern erhöht werden, oder man würde neue indirekte Steuern schaffen müssen. In jedem Falle würde dadurch die Belastung der armen Klassen vermehrt werden. Uebermäßige Belastung durch Steuern schwächt aber die Kaufkraft, und der industrielle Mittelstand, der Handwerker, der auf die Kundshaft des Arbeiters angewiesen ist, würde die Wirkung der Flottenvorlage in Gestalt eines schlechten Geschäftsganges zu spüren bekommen, denn je theurer die Nahrungsmittel sind, um so weniger kann der Arbeiter für Kleidung, Möblement u. a. aufwenden.

Der Mittelstand sollte daher bei der Flottenvorlage Schulter an Schulter mit dem Arbeiter und dessen Partei, der Sozialdemokratie, stehen, also die Flottenvorlage ablehnen. Sie wird nur einer Anzahl Großindustrieller und Großhändler nützen, die breiten Massen des Volkes aber auf viele Jahre hinaus auf allerschwerste belasten, ohne daß dieser Nachtheil durch einen greifbaren Vortheil wett gemacht würde.

### Zur lex Heinze.

Die Mehrheitsparteien tragen die Schuld an dem Gelingen der Obstruktion, so erklärt jetzt die „Kreuzzeitung“. „Hätten die Vertreter der Mehrheitsparteien auch nur einigermaßen ihre Pflicht erfüllt“, so hätte die Kattil der Linken eine Niederlage erleben müssen. Also!

Einen Wuttschrei löst die Groeberlique in der „Köln. Volkszeitung“ aus. Die übermühten Heinegemänner sind außer sich über die wohlverdiente Schlappe: „Wenn diese große Mehrheit vor der obstruktionistischen Minderheit kapitulieren wollte, so würde sie sich ja selbst aufgeben. Sie ist also geradezu gezwungen, die Obstruktion endgiltig zu überwinden.“ Wie, darüber schweigt die Groeber'sche Höflichkeit.

### Ein Ritter der lex Heinze.

Herr Liebermann von Sonnenberg, ist im Reichstage mit wahrer Bersekerwuth über die „unflüchtigen“ Beschlüsse des Raketen in der Kunst u. c. hergefallen. Der „Vorwärts“ zitiert nun aus Liebermann's vor einigen Jahren herausgegebenen Gedichten einiges, von dem wir das folgende hierher setzen:

Im Museum.

Vor der Marmorbusche Bildnis  
Andachtvoll und schwebend  
Stand ich da; die ganze Seele  
Lief in sel'ges Schau'n verfunken!

### Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola.  
Deutsch von Rudi Baake.

„Sehr gut!“ sagten Alle.  
An diesem Donnerstage war dies bis ein Uhr nach Mitternacht der einzige Unterhaltungsgegenstand. Elodie hatte nicht ein Wort gesprochen. Bei den ersten Worten des Herrn von Blouguern war sie etwas blaß geworden und hatte mit zusammengekniffenem Munde auf ihre Chaiselongue niedersinken. Dann betruugte sie sich rasch dreimal heimlich, wenn sie dem Himmel danke, daß er ihr eine lange ersehnte Gnade endlich gewährt habe. Als sie aber die Erklärung von der Hausjuchung vernahm, da schoß sie wild und unkontrolliert mit den Händen in der Luft herum. Nach und nach wurde sie sehr roth geworden, sie starrte in die Luft und verlor in ernstes Sinnen.  
Während die anderen Vertrauten den Vorfall noch weiter betrachteten, trat Herr von Blouguern an sie heran und kniff sie liebevoll in den Arm. Dabei lachte er so grinsend und sieht wie immer und stüßerte in dem freien Tone eines Liebseigneurs, der ein wildbewegtes Lumpenleben hinter sich hat, der jungen Frau ins Ohr:  
„Er hat den lieben Gott angefaßt, er ist fauch!“

### Dreizehntes Kapitel.

Seit acht Tagen hörte Rougon das Geschrei gegen seine Person immer lauter werden und immer höher hinaufsteigen. Dies wäre ihm verziehen worden, sein Mißbrauch der Gewalt, die Freigelüste seiner Hande, die Erbrosselung des Landes; aber daß er Gendarmen abgeschickt hatte, um die Strohsäcke der frommen Schwestern zu lästern das war ein so schauderliches Verbrechen, daß die Hofdamen, wenn er vorüberging, als zitterten sie leise. Schwärden Hochart machte

einen wahren Hüllensärm in allen Ecken und Enden der offiziellen Welt; bis zur Kaiserin, hieß es, sei er gegangen. Der Skandal mußte übrigens von einer Handvoll geistlicher Leute genährt werden; Lösungsworte waren im Umlauf; bestimmte Gerüchte tauchten in sonderbarer Uebereinstimmung überall gleichzeitig auf. Inmitten dieser wüthenden Angriffe verlor Rougon zunächst weder sein Lächeln noch seine Ruhe. Er suchte seine starken Schultern und nannte die ganze Geschichte eine Dummheit. Er scherzte sogar darüber. Auf einer Abendgesellschaft beim Justizminister entschlüpfte ihm die Bemerkung: „Dabei habe ich noch gar nicht mal erzählt, daß in einem Strohsack ein Pfaffe gefanden worden ist.“ Das Wort wurde weiter verbreitet und rief als Sipel aller Schmähungen und Gottlosigkeiten neue Formensprüche hervor. Nun wurde auch er allmählich leidenschaftlich. Das werde ihm schließlich zu bunt! Die frommen Schwestern seien Diebinnen, denn es seien bei ihnen silberne Kasserollen und Schmortöpfe entdeckt worden. Und er machte Miene, die Angelegenheit noch weiter zu verfolgen, ließ sich immer tiefer damit ein und sprach davon, die ganze Pfaffengesellschaft von Faverolles vor die Gerichte zu stellen.  
Eines Morgens früh ließen sich die Charbonnels bei ihm melden. Er war sehr erstaunt, er wußte gar nicht, daß sie in Paris waren. Sobald er sie sah, rief er ihnen entgegen, daß die Sache ihres guten Fortgang nehme; am gestrigen Abend habe er den Präfecten noch angewiesen, das Gericht zu veranlassen, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Aber Herr Charbonnel schien ganz bestürzt zu sein und Frau Charbonnel schrie:  
„Nein, nein, nur das nicht!... Sie sind zu weit gegangen, Herr Rougon. Sie haben uns mißverstanden.“  
Und Beide sangen nun das Lob der Schwester von der heiligen Familie. Es seien heilige Frauen. Sie hätten ja eine Weile über sie klagen können, aber so weit hätten sie sich

gewiß nie erniedrigt, die frommen Schwestern häßlicher Handlungen zu zeihen. Ganz Faverolles würde ihnen übrigens darüber schon die Augen geöffnet haben, in solchem Ansehen ständen dort in allen seinen Kreisen die guten Schwestern.  
„Sie würden uns den größten Nachtheil zufügen, Herr Rougon“, sagte Frau Charbonnel zum Schluß, „wenn Sie so gegen die Religion zu wüthen fortfahren. Wir sind hierher gekommen, Sie zu bitten, nun ruhig zu sein... Es ja doch! Unten können Sie doch nicht wissen, wie es liegt, nicht wahr? Sie glauben, wir bezten Sie auf und hätten uns schließlich noch geeinigt... Wir haben dem Kloster ein schönes Geschenk gemacht, ein Kreuzifix aus Eisenbein, das über dem Fußende des Bettes unseres armen Veters gehangen hat.“  
„Kurz, Sie sind nun gewarnt“, schloß Herr Charbonnel, „das Weitere ist jetzt Ihre Sache... Wir sind nicht mehr im Geringsten daran betheiligt.“

Rougon ließ sie reden. Sie saßen sehr unzufrieden aus, ja sie sprachen zum Schluß sogar mit erhöhter Stimme. Es war ihm kalt über den Rücken gelaufen. Er sah sie an und fühlte sich plötzlich so matt, als wenn ihm eben etwas Kraft genommen wäre. Er stritt nicht, er entließ sie und versprach ihnen, nichts mehr zu unternehmen. Und in der That ließ er die Sache einschlafen.

Seit einigen Tagen stand er unter dem Eindruck eines anderen Skandals, womit sein Name indirekt verknüpft war. Ein schreckliches Drama hatte sich in Coulognes zugetragen. Du Boizat hatte hirtendächig das Reich verfolgt, seinem Vater zu imponiren, ihm auf den Rücken zu zeigen, wie sich Guinquin ausgedrückt hatte. Eines Morgens hatte er wieder an die Thar des Geizhalses geklopft. Fünf Minuten später hörten die Nachbarn Flintenschüsse im Hause fallen und schreckliches Geschrei. Als sie eindringen, fanden sie den Greis mit gespaltenem Schädel am Fuße der Treppe hingestreckt. Zwei abgeschossene Flinten lagen mitten im Saal. (Fort folgt)

Da - von seiner Frau'gewandung  
 Hinter mir thut lasses Rulstern,  
 Eine schöne Mutter setz ich  
 Mit der schönen Lecker flastern.

Und die Tochter setzt sich nieder,  
 Beigt mir in geistlicher Wendung  
 eines allerliebsten Fühlens  
 Wundersame Formvollendung.

Durch die knappe Seide zeichnen  
 Abnungsvoll sich die Konturen  
 Des lebendigen Gitterleibes.  
 Die entzückt - ich folg der Spuren.

Heiße Gluth berstet die Unacht,  
 Die sanft die Seele fülle! -  
 Weh' der ihm das Nass'k'Katte,  
 Doch es regt das Halbberhäute.

So bichtet der Freund der lex Feinge, die das  
 klassisch Radte" verdammten will! „Romblanten  
 seid Ihr doch Alle“, sagte Flora Gäß zu ihrem  
 Hammerstein.

**Mein's End, Volkserzieher!**

Was die Lehrer dürfen und was sie  
 nicht dürfen, darüber geben zwei Vorkommnisse, welche,  
 wie die Berliner „Volkzeitung“ mittheilt, sich gleichzeitig in  
 Charlottenburg und Wiesbaden zutrugen, ein  
 berechtigtes Zeugnis. Um mit dem zu beginnen, was ein Lehrer  
 nicht darf, sei erwähnt, daß dem Wiesbadener Gymnasial-  
 oberlehrer Dr. Lohr, welcher unlängst in der „Täglichen  
 Rundschau“ einen offenen Brief zur Ueberbürdungsfrage der  
 atabemisch gebildeten Lehrer veröffentlichte, wie die „Frank-  
 furter Zeitung“ zuverlässig erzählt, vom Kultusminister bes-  
 halb ein formeller Verweis ertheilt worden ist.

Dafür aber wurde dem Charlottenburger Lehrerverein,  
 wie wir hören, vom Münchener Flottenverein ein Aufruf  
 übermittelt, laut welchem er für die Flotte sam meß  
 darf. Warum die Münchener Wasserpatrioten sich mit ihrer  
 Sammelwuth nicht wenigstens auf Bayern beschränken, ist  
 uns unerfindlich; in Preußen sammeln doch die preussischen  
 Flottenfreunde schon leidenschaftlich genug - bei Anderen.  
 Aber nun dürfen die Lehrer einmal etwas, denn Flotten-  
 spenden hätte Herr Studt sicherlich nicht unterzagt, und da  
 wollten sie wieder nicht. Der Charlottenburger Lehrerverein  
 erwählte in völliger Verkennung seiner wasserretterischen  
 Patriotenrechte, er dürfe sich nicht mit Politik  
 befassen.

Recht hat er ja, aber den Münchener Flottenschmörren  
 und anderen Leuten wäre es angenehmer, wenn sich ein  
 Lehrer nicht um seine Standesangelegenheiten, sondern um die  
 Marinebettelei kümmerte. So kann ein Lehrer seine Aufgabe  
 verkennen.

In Sachen des Gleichberechtigungsbots sind die  
 Agarien einstweilen unerbitlich. Während die „Konservative  
 Korrespondenz“ ein Kompromiß in dieser Frage dringend be-  
 fahrt, beobachten die Vertreter des Bundes der Land-  
 wirtse eine durchaus entgegengesetzte Haltung.

Der beleidigende Glückwunsch. Der erste  
 Staatsanwalt in Erfurt hatte einen Orden bekommen. Da-  
 zu hatte ihm die „Erfurter Tribune“ einen aufrichtigen herz-  
 lichen Glückwunsch dargebracht. Von einem Sozialdemokraten  
 beglückwünscht zu werden, ist aber für einen Staatsanwalt  
 eine schwere Beleidigung. Deshalb muß der dafür verant-  
 wortliche Genosse May zwei Monate Gefängnis verbüßen, die  
 ihm gestern von der Strafammer jubiliert wurden.

Zur Reichstagswahl in Auring haben die National-  
 liberalen an Stelle des verstorbenen Dr. Kruse einen Dr. Semler  
 aus Hamburg als Kandidaten aufgestellt. Wer ist dieser Semler?  
 Am 27. November 1895 hat dieser würdige Mann in einer Ver-  
 sammlung des nationalliberalen Reichswahlvereins zu Hamburg in  
 einer langen Rede eine Resolution empfunden, die den Vorwand des  
 Berins beantragte, den Reichstangler zu eruchen, eine Ein-  
 schränkung des Reichstagswahlrechts in Ermüdung  
 zu nehmen, „sei es durch Einführung einer höheren Altersgrenze, sei  
 es durch die Fortdauer einer längeren Gesühaltigkeit im Wahlkreis  
 oder sonstwie“. Dieser Wahlentzungenheld wird von den  
 Nationalliberalen als Kandidat präsentiert.

**Aus aller Welt.**

Die in der Röniger Nordangelegenheit vorgenommenen  
 Hausdurchsuchungen und Vernehmungen wurden in den letzten Tagen  
 fortgesetzt. Von der Behörde ist angeordnet worden, daß die Be-  
 leuchtung der Stadt von der ganzen Nacht hindurch zu erfolgen  
 habe. Die Nachschicht ist bedeutend verstärkt worden und befindet  
 sich von Abends 7 Uhr bis Morgens 6 Uhr im Dienste. Die Ab-  
 leuchtung des Stadtkreises, welche mit Arsen, Stangen u. s. w. bis zu  
 in frühen Abendstunden erfolgte, ist bis jetzt ergebnislos geblieben.  
 Zu erwähnen ist ferner, daß mehrere Personen am Sonntag, den  
 11. März, seit welchem Tage der junge Winter verschwand in  
 Abends zwischen 7 und 8 Uhr vom Mühlbier her einen Hülfen  
 genommen haben wollen. Die bisher aufgefundenen Leichentheile  
 werden in Spiritus aufbewahrt. Weiter wird gemeldet, daß  
 Dienstag Nachmittag beim Mühlbier ein Obersteintopf des Lobens  
 aufgefunden wurde. Angeblich steht in der Sache eine Ver-  
 handlung bevor.

Wieder ein Sparflasken-Straf. Der Rentant des Rich-  
 tenauer (Lühringen) Spar- und Darlehnskassen-Vereins wurde  
 auf eine private Anzeige bei der Staatsanwaltschaft verhaftet  
 und in's Gerichts-Gefängnis abgeführt. Derselbe hat der „Emal-  
 Zeitung“ zufolge, in verschiedenen Jällen Unterschriften gefälligst und  
 in den letzten Jahren gegen 20,000 Mark unterschlagen.

Siebzehn Jahre im Schloß. Im Dezember 1882 führte  
 ein in Löbau anläßlicher Eisenbahnkassierer vom Juge ab und  
 erlitt verschiedene Kopfbestrafungen. Im März 1883 verließ er plöz-  
 lich in einem schuldähnlichen Zustand, der nach der „Nord-Allgemein-  
 Zeitung“ bis jetzt ungeändert hat. Der Mann liegt zu weit ohne  
 auch nur ein Wort zu reden. Häufige Rahmungs mittel haben ihm  
 leicht eingeblät werden, da er, sobald sein Mund mit dem Schlüssel  
 berührt wird, automatische Schreckbewegungen macht. Nach jahre-  
 langer großer Schwäche ist der Anstaltspaus des isarbareren  
 Patienten ein beschreibender.

Im Studienjahr Burghausen in Bayern wurde  
 durch die geistliche Prüfungsbehörde. Er hat einen neunjährigen  
 Schüler mit sich hieher - bis zu heutig - befristet, weil er  
 in der Geographie des Aufsichtsbekanntes des Lehrers nicht entspre-  
 chend. Nach sechs von mehreren ihm in Aufsicht gehaltenen Stöckchen  
 mußte der Knabe ein unglückliches Selbstmordversuch und ent-  
 lag denselben.

**Ausland.**

**Italien.** Der Anarchist und angelegte Bombenwerfer Cesare  
 Batacchi ist am 14. d. Mts. aus dem Justizhause zu Bolterra  
 entlassen worden. Der König hat ihn begnadigt, nachdem  
 Batacchi ein Gesuch um Revision seines Prozesses zurückgezo-  
 gen hatte; also auch hier wieder „gnädiges Willkür“ hat Recht und Ge-  
 rechtigkeit. Es herrscht heute in ganz Italien kein Zweifel mehr  
 darüber, daß Batacchi seiner Zeit unschuldig verurteilt worden ist.  
 Man beschuldigte ihn damals, gelegentlich einer monarchistischen  
 Straßenkundgebung, die nach einem Attentat auf den König Humbert  
 in der guten und getreuen Stadt Florenz veranstaltet wurde, mit  
 mehreren Genoffen eine Bombe geworfen und dadurch  
 großes Unheil herbeigeführt zu haben; in Folge der Explosion fanden  
 nämlich viele Menschen den Tod. Batacchi, der erst einige Minuten  
 vor dem Bombenattentat aus dem Gefängnis entlassen worden war,  
 wurde sofort wieder in Haft genommen, obwohl er seine Unschuld  
 behauptete, und obwohl gegen ihn auch nicht der Schatten eines  
 Beweises vorgebracht werden konnte. Viele Jahre lang schmachtete  
 der zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe Verurteilte hinter Kerker-  
 mauern, bis vor mehreren Jahren, als in Frankreich die Revision  
 des Dreifuss-Prozesses beschlossen wurde, die radikale und die unab-  
 hängige Presse auch die Revision der „Affäre Batacchi“ forderte. In  
 Regierungskreisen wollte man davon nichts hören, aber die sozialistische  
 und die radikale Partei nahmen sich der Sache an und machten die  
 Batacchi-Angelegenheit zu einer politischen Frage. Batacchi wurde  
 bei allen parlamentarischen Nachwahlen, die in den letzten Monaten  
 in Italien stattfanden, von den vereinigten Radikalen und Sozialisten  
 als Protestkandidat aufgestellt, und es ist sicher noch in aller Erin-  
 nerung, wie er in Turin in die Stichwahl kam und beinahe ge-  
 wählt worden wäre, und wie er in Pietralanta tatsächlich gewählt  
 worden ist. Die Kammer erklärte die Wahl zwar für null und  
 nichtig, aber die Regierung traute dem Frieden nicht und hielt es für  
 sicherer, die mächtig anschwellende Bewegung einen Damm zu setzen,  
 indem sie die Begnadigung Batacchis vorschlug.

**In Bulgarien macht die geplante Zehntensteuer**  
 böses Blut. In Varna wurden am Dienstag in einem von  
 der Opposition einberufenen Protestmeeting gegen die Zehnten-  
 Steuer die Veranstalter der Versammlung verhaftet. Die  
 Menge versuchte, die Verhafteten zu befreien. Die Gendarmerie  
 feuerte auf die Menge, wobei 4 Personen getödtet und  
 mehrere verwundet sein sollen.

**Krieg in Südafrika.**

Die englischen Gesamtverluste bis zum  
 17. März betragen nach amtlicher Feststellung 16,447. Bis  
 zu demselben Zeitpunkte verloren die Buren einem Tele-  
 gramms aus Kapstadt zufolge im Ganzen nur 7722 Mann.  
 Aus Kapstadt und Ladysmith wird übereinstimmend gemeldet,  
 daß ein neuer Vorstoß unmittelbar bevorstehe. Die  
 Lage in Ladysmith ist noch sehr traurig, 2400 Personen  
 liegen noch am Typhus in den Spitälern, die erste  
 öffentliche Brotvertheilung konnte erst vorgestern stattfinden.

Der Gebrauch von Explosivgeschossen  
 hat Lord Roberts die Buren beschuldigt. Der Präsident des  
 Drangie-Freigraus Steijn hat jetzt dem Lord Roberts erwidert,  
 daß Explosivgeschosse nicht gekauft und nicht zugelassen seien.  
 Dagegen beweiste er nicht, daß solche im Lager Cronjes ge-  
 funden worden seien, da er wisse, daß solche Munition von  
 britischen Truppen von den Buren abgenommen worden sei.  
 Roberts hat darauf nach London berichtet, er halte es nicht  
 für wünschenswerth, die Korrespondenz fortzusetzen.  
 Aus dem Burenlager von Glencoe meldet das „Neutersche  
 Bureau“ vom 17. d. Mts., es sei eine vollständige  
 Sammlung von unter dem Namen Dumbum-  
 Patronen bekannten Gypanopatronen zum Le-Metford-  
 Gewehre, welche die Buren bei den englischen Soldaten in  
 Natal fanden, angelegt und dem englischen Kriegssamt zu-  
 gegeben worden.

Die Abjagung von zwei englischen  
 Generalen, welche schon vor vielen Wochen angekündigt  
 wurde, soll nun ziemlich festbeschlossene Sache sein. Es heißt  
 in London, die dort eingetroffenen Berichte des Lord Roberts  
 über die verschiedenen Gefechte bei Stormberg und Magers-  
 fontein seien für die Generale Gatacre und Methuen  
 so belästigend, daß die Amtsenthebung beider Offiziere sich auf-  
 dränge. Eine ministerielle Verfügung wird für die nächste  
 Zukunft erwartet.

Um die Buren zum Weiterkämpfen zu  
 zwingen, hat Präsident Steija eine Proklamation erlassen,  
 welche androht, jeder Bürger, der nicht gegen die

Engländer kämpfen wolle, werde als  
 räther erschossen werden. Diese Proklamation  
 eine Antwort auf die Proklamation des englischen Gouver-  
 ners der Kapkolonie, in der Milner bekannt gibt, daß die  
 Reichsregierung Verkürzungen von Landereien, von  
 über Eisenbahnen in Transvaal oder im Orange-Freistaat  
 oder die Aufnahme von Belastungen auf Konzeffionen  
 von den Regierungen Transvaals oder des Orange-Freistaat  
 bewilligt wurden, nicht als gültig anerkennen wird.

**Deutscher Reichstag.**

Der Reichstag setzte heute die zweite Lesung  
 Etats fort. Der erste Teil der Sitzung wurde durch  
 Beratung des Etats für Kiautschau ausgefüllt, der  
 gegen den Wünschen der eragierten Nationalistenschwärmer  
 Budgetkommissionen zurückverworfen worden war. Abg. Eickhoff  
 von der freisinnigen Volkspartei brachte noch einmal  
 Gesundheitsverhältnisse in Deutschchina  
 Sprache; soviel ergab sich trotz aller Schönfärbereien  
 Staatssekretärs Tirpitz und des Professors Gasse,  
 dieselben viel zu wünschen übrig lassen und daß das  
 Klima zahlreiche Opfer gefordert hat. — Die Kom-  
 mission hatte eine Resolution eingebracht, wonach „thunlichst“  
 nur Freiwillige für den Dienst der Schutztruppe  
 Kiautschau verwendet werden sollen. Bebel beantragte  
 kleine, aber bedeutungsvolle Wortlein „thunlichst“ zu strei-  
 chen das dem Mißbrauch Thor und Thür öffnet: erklärten  
 die Rechten unumwunden, daß sie die be-  
 Verwendung der Land- und Seetruppen im Auslande  
 unantastbares Hoheitsrecht des „obersten Kriegsherrn“  
 trachten. Das Zentrum ließ aber, trotzdem es sich prin-  
 zipiell auf den Bebel vertretenden Standpunkt stellte, nach  
 aber unblühlicher Gewohnheit die Linke im Stich; nur  
 Freisinnigen stimmten mit unserer Fraktion für den  
 Bebel. Derselbe wurde abgelehnt und die Resolution  
 die Stimmen der Linken angenommen.

Die Zwischenfälle wurde der Etat des Reichs  
 fchahts, der gestern juridisch festgestellt worden war, er-  
 Dagegen benutzten Trendt, Gahn, von Sta-  
 Raab den Etat der Reichsbank, um durch langweilige  
 Währungsreden die wenigen anwesenden Abgeordneten  
 Saale her auszutreiben. Leider that ihnen der Reichs-  
 präsident Koch die Ehre der Erwiderung an, während  
 dem Haupte ihnen der Nationalliberalen Wäking  
 wortete, der sie übrigens trefflich abführte.

173. Sitzung. Mittwoch, den 21. März. 1 Uhr  
 Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite  
 ratung des Etats für Kiautschau.  
 Zur Beratung steht bei den Fortberanden in den  
 Titel Gouverneur, zugleich folgende Resolution der Kom-  
 mission: Die Verbündeten Regierungen zu eruchen, die  
 truppe im Schutzgebiet Kiautschau thunlichst auf Grund freier  
 Meldung zu bilden und auf eine Verstärkung der Chinesen-  
 pagnie Bedacht zu nehmen.“

Abg. Eickhoff (freis. Wp.): Ein abschließendes Urteil  
 wir in Kiautschau nicht mit in jedem Sommer regelmäßig wiederkeh-  
 renden Krankheiten zu rechnen haben, ist noch nicht möglich. Die  
 Malaria sind noch eingehende Untersuchungen notwendig.  
 Resolution können wir nicht zustimmen. Wir stehen auf  
 Standpunkt, die allgemeine Wehrpflicht verpflichtet den Staat  
 nur zur Verteidigung des Vaterlandes, nicht zu Eroberung  
 fremden Welttheilen. Deshalb sind wir dafür, daß in den Kol-  
 onien ausschließlich Freiwillige benützt werden. Meine Freunde  
 den Etat für Kiautschau auch in diesem Jahre bewilligen und  
 daß die Erwartungen, die weite Kreise des Volkes auf diese  
 richten, sich erfüllen werden.

Abg. Franke (nall.) bittet um Annahme der Reso-  
 lution und ersucht zugleich den Staatssekretär, dafür zu sorgen, daß  
 Mannschaften aus den Kolonien nicht in geräumten  
 zurückzuführen.

Staatssekretär Tirpitz: Was Herr Eickhoff für die  
 Mannschaften einräumt, sollte er doch auch für die Marine  
 ausgeben; die Strapazen sind für Beide die gleichen. Im  
 die Marineverwaltung befreit sein, nach Möglich-  
 willige zum Kolonialdienst heranzuziehen.

Abg. Groeber (Zentr.): Bei den Unruhen, die in Kia-  
 utschau herrschen, ist es durchaus notwendig, einheimische  
 zum Dienste in dieser Kolonie heranzuziehen. Ueber die  
 Frage können wir uns später verständigen.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): An dem Rechte des  
 Kriegsherrn, die Truppen nach seinem Gutdünken zu ver-  
 disse nicht gerüttelt werden. Die sanitären und sonstigen Be-  
 dürfnisse in Kiautschau sind in erfreulicher Vorwärtsentwicklung  
 ariffen. Ich möchte noch hervorheben, daß auch von den  
 Soldaten nur ein Teil freiwillig in die Kolonien geht.

Abg. Bebel (Soz.): Ich beantrage, in der Reso-  
 lution Wort „thunlichst“ zu streichen. Wird das Wort austret  
 müssen wir gegen die ganze Resolution stimmen, denn auf  
 einen Wdrirklein könnte die Marineverwaltung das Recht  
 auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht Truppen eine be-  
 in überseeischen Welttheilen zu stationieren. Die Reichs-  
 allen Ländern mit Kolonien ausgestattet. In England  
 wiffens die Frage dahin entschieden worden, daß Niemand  
 werden kann, den heimathlichen Boden zu verlassen. In  
 liegt natürlich die Sache anders. Aber daß bei uns die  
 gegungen werden können, in Friedenszeiten Nahrung  
 in den Kolonien zu verwenden, bestreite ich auf-  
 schiedenste. Die Marineverwaltung scheint ursprünglich  
 auf Kiautschau denselben Standpunkt geteilt zu haben,  
 sprechen die verschiedenen Aufforderungen, die sie zum  
 Eintritt erlassen hat. Erst nachdem diese Aufforderungen  
 günstiges Resultat ergeben haben, scheint man sich entsch-  
 haben, gegebenen Falles Soldaten auch wider ihrem  
 Ausland zu schicken. Das widerspricht aber der Reichs-  
 Außerdem ist der Dienst in China härter als in Deutschland,  
 halte es für außerordentlich bedenklich, den Ausführungen des  
 Abg. Groeber zu folgen. Er lebt ja prinzipiell auf dem  
 Standpunkt, will aber jetzt der Ansicht ergehen aus dem Wege  
 Das halte ich für verfehlt; man soll Rechtsfragen sorgfältig  
 schreiben, wenn sie aufstehen. (Sehr richtig! bei den Soz.)  
 schreibt man, daß sie nachher im gegenwärtigen Sinne  
 werden.

Der Standpunkt der Rechten - das muß ich  
 ich ihn gleich natürlich nicht theile - ist viel consequenter.  
 schreiben kurzer Hand dem obersten Kriegsherrn die Befugnis  
 der Truppen im Land- und Seedienst nach Belieben zu  
 Der Reichstag ist in seiner Mehrheit anderer Ansicht: denn  
 aber Zeit, daß er die Entscheidung trifft, damit er nicht  
 aus der Hand geht, das er jetzt noch hat. (Bravo! bei den  
 Demokraten.)

Abg. Dr. Haff (nall.): Ich halte auch jetzt noch  
 Meinung fest, daß die Rückverweisung an die Kom-  
 mission richtig war. Ebenso halte ich die Resolution für überflüssig  
 glaube, daß es noch nicht an der Zeit ist, die Rechtsfrage

**Schiffenfall.** Der Dampfer „Araba“, mit drei Großherzog  
 von Westfalen an Bord, wick, von Arabien kommend, bei der  
 Ostenseinfahrt in Bume mit dem gleichzeitig einlaufenden  
 Dampfer „Arab“ zusammen. Das Vordertheil der „Araba“ wurde  
 fast zerstört.

Schloßten worden in Paris Angestellten der Nordbahn  
 eine Fackel, die 400,000 Französ in Dankbarkeit entzündet. In einem  
 Wagen, der vor dem Bureau der genannten Gesellschaft in der Rue  
 Dufour stand, hatten 30,000 Französ unter Aufsicht zweier Be-  
 amten verladen werden. Die Fackel mit dem oben erwähnten Be-  
 trage in Dankbarkeit befand sich neben dem Küchler. Sie wurde  
 entzündet, während der Küchler sich mit einem an ihn herantreten-  
 den Mann in ein Gespräch einließ.

Ein Explosions schlagender Wetter fand Dienstag Nach-  
 mittag auf dem Theatersplatz in Pölnitz-Ohra statt.  
 Zwei Häuser erlitten Brandwunden. Die Ursache der Explosion ist  
 nicht bekannt, Erhebungen sind eingeleitet.

Beim Tunnelbau der Eisenbahnlinie Blankenheide-Rarygrün  
 ging am 17. März ein Wasserstein (Kupf. s. l.) ein im Ge-  
 hirn bedingener Schlag zu früh los und tödtete einen Arbeiter  
 auf der Stelle; zwei andere erlitten lebensgefährliche Verletzungen  
 und wurden in die Klinik nach Halle geschafft. Die Verunglückten  
 sind Südböhmer.

Ein haarträubendes Ereignis hat sich, dem „Titel“  
 zufolge, in der Provinz Warwick zugetragen. Ein Baumwollen-  
 weber hat 21 seiner Arbeiterinnen in der Fabrik verbrennen  
 lassen. Bei den Reinigungsarbeiten nach Ausbruch der Feuers-  
 kramt war er nur auf die Rettung seiner Mobilien bedacht,  
 kümmerte sich aber um die armen Weiberinnen, die in dem  
 brennenden Hause eingeschlossen waren, überhaupt nicht. Da  
 die Arbeiterinnen des Nachts oft ausblieben, hatte er das Haus  
 von außen mit einem schweren Kiegel verschlossen, der nun den  
 unglücklichen Mädchen den Ausweg abschloß. Sie wurden vom  
 Rauch brennt; ihre Leiber fand man nachher vollständig ver-  
 löst auf.

**Freiburger** Erwerbende werde ich für die Resolution stimmen, weil ihre Erleichterung allerdings ein neues Recht schaffen würde. (Bravo! bei den Nationalen.)

**Herr Dr. v. Sebechow (Kant.)** erklärt, für die Resolution stimmen zu wollen. Dem Antrag Bedel, das Wort „thunlichst“ zu streichen, könne er nicht zustimmen, da seiner Meinung nach jeder die Wahl der Worte frei sein. (Beifall.)

**Herr Groeber (Zentr.):** Wir betrachten die Frage vom rechtlichen Standpunkt aus. Ein deutscher Soldat kann nicht gezwungen werden, die gewöhnliche Friedensübung in ausländischen Garnisonen vorzunehmen. Thatsache ist aber, daß an den Grenzen von Ostpreußen noch alle Augenblicke Unruhen vorkommen. Deshalb kann nicht bestritten werden, daß zur Zeit Mannschaften dort gebraucht werden. Wir werden für die Resolution stimmen.

**Herr Dr. Müller-Sagan (rech. Sp.):** Die Volkswirtschaft geht dahin, daß niemand gegen seinen Willen auf Monate in die Fremde abgedient werden kann. Herr Groeber hat darin Recht, daß wir uns keineswegs zu weit abgeben, wenn wir die Resolution in der vorliegenden Form annehmen. Der Resolution wird von der Rechten keine Bedeutung beigelegt, die meiner Auffassung widerspricht. Dieser Auffassung würde ich entgegenkommen, wenn ich noch die Resolution mit dem Worte thunlichst annehmen wollte. Deshalb werden meine Freunde gegen die Resolution in dieser Form stimmen.

**Herr v. Staubbach (konf.):** Tag das Volk hinter der Ansicht des Herrn Dr. Müller steht, befreite sich dadurch. Ich glaube nicht, daß Jemand im Volke daran zweifelt, daß der deutsche Soldat hingegeben hat, wo es ihm befohlen wird. (Sehr richtig! Beifall.)

Der Titel wird genehmigt. Der Antrag Bedel auf Streichung des Wortes thunlichst wird abgelehnt und die Resolution mit 112 Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen. — Der Rest des Etats für Ostpreußen wird debattiert und genehmigt.

Der Etat des Reichsschatzkanzlers wird nach langer Diskussion genehmigt, an der sich die Abg. Dr. Krenndick (Sp.), Dr. Hagl (konf.), Büsing (natl.) und Raab (Zentr.), sowie Reichsbankpräsident Koch beteiligten, während sich die Sozialdemokraten ablehnten. — Darauf vertagt sich das Haus.

Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Rest des Etats in zweiter Lesung. Beschluß betreffend die Patentämter in zweiter Lesung.)

**Preussischer Landtag.**

Berlin, den 21. März 1900.

Im Abgeordnetenhause wurden gestern zunächst die Vorträge über die Erweiterung der Stadtkreise Posen und Halle a. S. in 1. und 2. Lesung erledigt. Bei der Beratung des zuletzt genannten Gesetzeswurfs lenkt Herr v. Dietrich die Aufmerksamkeit, sich wieder einmal ostentativ an die Familie Bismarck heranzuwenden. Er schimpfte auf die Hallenser Polizei, welche angeblich aus Furcht vor den Sozialdemokraten bei einem Fackelzug die Ausbringung eines Hochs auf den Fürsten Bismarck nicht zugelassen habe. Mit dem Verbot des Bismarck-Hochs verhält es sich, wie erinnerlich sein wird, folgendermaßen: Der Fackelzug fand in einer Zeit statt, in welcher die Zuchthausvorlage droht. Außerdem streikten in Halle gerade die Maurer. Es war also freilich eine gereizte Stimmung vorhanden, und der Hallenser Oberbürgermeister wollte, wie er damals privatim geäußert hat, diese gereizte Stimmung durch Demonstrationen der den Arbeitern unfreundlich gestimmten Fackelzüge nicht noch verschärfen. — Den Hauptteil der Sitzung nahm die Vorlage betreffend die Gewährung von Zuschüssen bei Rentengüttern in Anspruch. Es handelt sich dabei wieder einmal um ein „kleines Mittel“, der Landwirtschaft aufzuhelfen. Der Staat will 10 Millionen bereit stellen, um die Rentengüterbildung zu erleichtern. An sich ist ja gegen die Bildung kleiner Güter und die Parzellierung des Großgrundbesitzes nichts einzuwenden. Es fragt sich bloß, ob die Mittel, die hier angewendet werden sollen, die richtigen sind. Von freisinniger Seite wurde diese Frage verneint. Die Rechte jauchte natürlich Herr v. Michel zu, der den Agrariern zu dieser Liebesgabe verholfen hat. Dem Wunsch der Landwirte sind freilich die 10 Millionen noch etwas zu wenig. In der 2. Lesung wird er versuchen, noch ein paar Millionen herauszuschlagen. Auch das Zentrum und die Nationalliberalen erklärten sich mit der Tendenz des Gesetzeswurfs einverstanden. Heute findet bereits die 2. Lesung des Gesetzentwurfs statt.

**Parlamentarisches.**

**Unfallversicherungskommission.** Am Mittwoch verhandelte die Kommission die Frage, ob bei der Beschaffung der Laisten nach der verwendeten Arbeitskraft und Unfallgefahr eine Vereinfachung bei der Einschätzung der mehr als vier Millionen kleinen landwirtschaftlichen Betriebe möglich sei. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß in einzelnen Provinzen Preußens, so z. B. in Ostpreußen bereits ein einfaches Verfahren durchgeführt wird. Es werden allgemeine Grundsätze für jede Art der Betriebe festgelegt und nach diesen die Einschätzung vorgenommen. Die Kommission war darin einig, daß ein vereinfachtes Verfahren unbedingt notwendig ist, jedoch stellte es sich heraus, daß dort, wo nicht durch Landesgesetz die Sache geregelt ist, das Verfahren, wie es in Ostpreußen besteht, mit dem jetzigen Wortlaut des Unfallversicherungsgesetzes nicht vereinbar ist. Es kam deshalb darauf an, in dem Gesetze die Möglichkeit für ein vereinfachtes Verfahren zu finden. Hierbei entstanden Meinungsverschiedenheiten darüber, ob das vereinfachte Verfahren nur mit Zustimmung des betreffenden Betriebsunternehmers eintreten dürfe und ob es nur für die kleinen Betriebe gelten soll oder für alle Betriebe. Nach längerer Verhandlung wurde die Sache vertagt, damit die Regierung und der Vorsitzende der Kommission weiteres Material zur Beurteilung der hier in Frage kommenden Schwierigkeiten sammeln möge. In das Gewerbenfallversicherungsgesetz ist die Bestimmung eingefügt worden, daß vor der Feststellung der Entschädigung jenseits der Berufsgenossenschaften die untere Verwaltungsbehörde unter Zuziehung je eines Vertreters der Arbeiter und der Unternehmer oder die Rentenstelle über den Rentenanspruch des Verletzten nach einer mündlichen Verhandlung ein Gutachten abgeben müsse. Hierbei kann weiteres Beweismaterial beigelegt werden und ein Gutachten des behandelnden Arztes eingeholt werden. Gegen diese Bestimmung hatte, allerdings vergeblich, die Regierung lebhaften Widerspruch erhoben. Als nun in der heutigen Sitzung der entsprechende Paragraph für die landwirtschaftlichen Unfallversicherung zur Beratung kam, legte der Abg. von Doeberl einen offenbar mit Hilfe der Regierung fertig gebrachten Antrag vor, durch welchen der seiner Zeit erfolgte Beschluß „verbessert“ werden sollte. Dieser Antrag hatte die Bestimmung aufgenommen, daß die untere Verwaltungsbehörde den Verletzten vor der Festlegung der Rente hören, etwaigen Beweisanträgen Folge geben und ein Gutachten des behandelnden Arztes einholen müsse. Dagegen fehlte die Bestimmung, daß zu diesen Verhandlungen Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer zugezogen werden müssen. Das Zentrum, das seiner Zeit sehr energisch für den Beschluß der Kommission eingetreten war, erklärte jetzt, daß es sich mit dem Antrage Doeberl zufrieden geben werde. Es bedauerte zwar sehr die vorgenommene Verschlechterung, da aber die Regierung gar nicht anders wolle, so müsse das Zentrum eben umfallen. Zu hoffen sei, daß der Antrag jetzt von so energischer Seite der Interessen des Verletzten eintreten werde, zumal ja in solchen Fällen der Arzt der bestenfalls Vertreter des Verletzten sei. Eine ähnliche Erklärung gab auch der Abg. Hoesche-Bressau aus. Den Nationalliberalen jedoch ging auch der konservative Antrag noch zu weit. Sie erklärten sich überhaupt prinzipiell gegen eine derartige „Bewormung“ der Berufsgenossenschaften. Die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften müsse unbedingt gewahrt werden. Sie leugnen zwar die großen Mängel des jetzigen Zustandes durchaus nicht, Abhilfe zu schaffen sei aber auf einem anderen Wege, nämlich dadurch, daß man den Arbeitern die nötige Garantie

gebe, ihre Interessen den Berufsgenossenschaften gegenüber von Anfang an mit dem nötigen Nachdruck vertreten zu können. Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß sie diesen Weg von Anfang an für den richtigen gehalten hätten und ihn auch heute noch dafür bieten. Sie hätten seiner Zeit bei der Beratung des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes entsprechende Anträge gestellt, die aber von allen anderen Parteien, auch von den nationalliberalen Mitgliedern der Kommission, abgelehnt worden seien. Unter diesen Umständen bliebe den Sozialdemokraten nichts Anderes übrig, als im Rahmen des seiner Zeit angenommenen Antrages für eine möglichst weitgehende Verschlechterung der Wünsche der Arbeiter zu wirken. Von diesem Gesichtspunkte aus sei der Unfall des Zentrumsschiffes bedauerlich. Durch die vom Abgeordneten von Doeberl vorgeschlagene Verschlechterung würde der vorgenommene Wende der größte Teil ihres Wertes wieder entzogen. Der verbleibende Arbeiter würde zu dem Landrat niemand das Vertrauen haben, wie zu einer Körperschaft, in der sich auch ein Vertreter der Arbeiter befände. Auf der anderen Seite könnte auch der Arbeiterbesitzer, der eine größere Erfahrung in Unfallfällen und genauere Kenntnis von den Arbeiterverhältnissen habe, viel zur Klärung der Sache beitragen. Die Sozialdemokraten stellten daher den Antrag, daß in den Unfallgesetzen die Bestimmung eingefügt werde betreffs Zuziehung je eines Vertreters der Arbeiter und Unternehmer. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt und dann der Antrag von Doeberl angenommen. — Nächste Sitzung Donnerstag.

**Im Senatoren-Konvent des Reichstages** ist am Mittwoch vereinbart worden, nach Erledigung der zweiten Beratung des Etats am Montag die Seemannsordnung zu beraten und von Dienstag ab Mittwoch, als die dritte Sitzungsberatung zu beginnen. Der Präsident hofft, dieselbe schon in zwei Tagen am Mittwoch oder Donnerstag, zu Ende führen zu können. Die Osterferien sollen alsbald nach Erledigung des Etats beginnen und bis zum 24. April währen.

**Die Reichstagswahl im Kreise Waldburg** beantragt die Wahlprüfungskommission bekanntlich für ungültig zu erklären. Der schriftliche Bericht der Kommission liegt nunmehr vor. Der dort erwähnte sozialdemokratische Abg. Sacke hatte nur 36 Stimmen mehr erlangt als sein Gegner. Die Kommission beschloß Erhebungen darüber, ob im Wahlbezirk Konradshöhe der Wahlvorstand zur Mittagszeit nur durch 3 Mitglieder besetzt gewesen ist und eines dieser 3 Mitglieder, Bahnmeister Schirmer, ein unmittelbarer Staatsbeamter gewesen ist. Da die Erhebungen diese Thatsachen bestätigt hatten und somit ein direkter Verstoß gegen das Wahlgesetz und das Wahlelement vorlag, so ist der ganze Wahlakt in Konradshöhe kassiert worden. In Konradshöhe waren aber 132 Stimmen für Sacke abgegeben worden, in Folge dessen beantragt die Kommission die ganze Wahl für ungültig zu erklären. Also lediglich in Folge eines geröthlichen Verfehlers der in Betracht kommenden Behörde verliert unser Genosse Sacke sein Mandat und muß den Waldburger Wähler wiederholt die Nerven und Kosten einer neuen Wahl tragen.

**Die Reichstagswahl des konservativen Abgeordneten Döbell** in Westhavelland beantragt bekanntlich die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären. Die Konservativen haben jetzt für das Plenum den Antrag eingebracht, noch weitere Erhebungen zu veranlassen. Die Herren wollen die Entscheidung offenbar verschleppen.

**Die Kommission des Abgeordnetenhauses für das Waarenhaufenergesetz** hat am Dienstag zum § 1 der Regierungsvorlage, die allgemein ohne Unterscheidung nach der Einwohnerzahl für alle Orte die Waarenhaufener bei einem Jahresumsatz von mehr als 500.000 Mk. vorschlägt, einen konservativen Antrag Brockhausen angenommen, wonach von der Steuer betroffen werden sollen Waarenhändler, deren Jahresumsatz in Berlin 500.000 Mark in allen sonstigen Gemeinden über 100.000 Einwohner 400.000 Mk., in Gemeinden von über 20.000 bis 100.000 Einwohner 300.000 Mk., in Gemeinden bis zu 20.000 Einwohner 200.000 Mk. übersteigt. Ferner wurde in der Kommission die Einführung einer Fiskalsteuer beschlossen durch die Annahme eines Zentrumsantrages: „Kleinhändlerbetriebe, welche drei oder mehr Betriebsstätten (Filialen) besitzen, unterliegen der Bestimmung dieses Gesetzes, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb nur eine Waarengruppe umfaßt.“

**Partei-Angelegenheiten.**

**Der Reichstags-Abgeordnete Genosse Dertel** in Wernberg hat sich zur Heilung eines Nervenleidens, an welchem er seit einiger Zeit leidet in eine Kaltwasser-Heilanstalt begeben.

**Gemeindegewahlen** in der Umgegend Berlins haben unseren Genossen eine Reihe hübscher Erfolge gebracht. In Weigensee erhielten am Montag im 2. Bezirk Genosse Schüler 323, Gerstenberger 320 Stimmen, während die Gegner Thunert 25, Schmidt 29, Fischer 4 und Härtner 4 Stimmen erhielten. Im 3. Bezirk vereinigte Genosse Tauermann 310 Stimmen auf sich, während sein Gegner nur 31 Stimmen erhielt. — In Johannisbad ist ein Genosse Mann zum Mitglied des Gemeinderats gewählt worden. Auf ihn fielen 134 Stimmen, während der Gegner nur 6 Stimmen erhielt. — In Pantow gingen aus den am Montag stattgefundenen Gemeindegewahlen die Kandidaten der Sozialdemokraten Klingenberg mit 203 Stimmen, Freiwald mit 252 Stimmen als Sieger hervor. Die Kandidaten des Reichstags-Mitglieds Reinhardt und Krichmann erhielten 167 beziehungsweise 210 Stimmen. — Bei den Gemeindegewahlen in Wilmersdorf sind unsere Parteigenossen leider der Koalition der bürgerlichen Parteien unterlegen. Die ehehemaligen Brüder vereinigten auf ihren Kandidaten 474 Stimmen, während auf unseren Parteigenossen Maurice Behring 335 Stimmen fielen. Durch frühen Schluß der Wahl wurde vielen Arbeitern die Teilnahme daran unmöglich gemacht. — Bei der Wahl in Britz fügte unser Parteigenosse Dorn mit 211 Stimmen gegen den Kandidaten der Gegner, Arbeiter Grotzke. Die Kandidatur eines Renommierarbeiters hat also den Gegnern nichts genügt. — Einen grobartigen Erfolg erfochten unsere Parteigenossen in Lichterberg-Friedrichsberg. Im zweiten Bezirk, in dem drei Vertreter der dritten Klasse zu wählen waren, erlangen unsere Parteigenossen Döwalb Grauer 589, Karl Weiz 573 und Genosse Georg Treue 582, während die vereinigten Gegner, die das erste Mal die Sozialdemokratie in den Wahlkampf haben ziehen sehen, es auf 104 bzw. 93 Stimmen resp. 46 brachten. — In Nieder-Schönweide ist unser Parteigenosse Karl Weber mit 58 Stimmen gegen 103 Stimmen, die auf den bürgerlichen Kandidaten fielen, unterlegen. Auch hier hatte man das bekannte Mittel angewendet, die Wahlhandlung auf solche Tagesstunden festzusetzen, an welchen der Arbeiter an die Fabrik gehen mußten. Wenn trotzdem in der Zeit von 9 bis 11 Uhr Vormittags 58 sozialistische Stimmen abgegeben wurden, so ergibt sich, daß selbst diese von sozialistenfeindlicher Seite angewendete Methode auf die Dauer nutzlos ist. Wie lange noch wird man auf bürgerlicher Seite derartige Mittel gehen und gebrauchen?

**Arbeiterbewegung.**

**Die freitenden Kohlengräber des Märkisch-Odraner** Bezirks haben sich in ihrer Verzweiflung über die Niederlage gegen ihre eigenen Führer gewendet. Ruhig und in voller Ordnung vollzieht sich der Abbruch des Streiks in den westböhmischen und nordböhmischen Revieren, wo die Gewerkschaften in letzter Stunde so klug waren, einige Zugeständnisse zu machen, und keine Entlassungen vorzunehmen. Anders steht, so schreibt unser Wiener Bruderblatt, die Sache in Ostrau, wo die Stimmung von Stunde zu Stunde erregter wird. Während auf der Karwiner Seite der Beschluß des Streikkomitees, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn die alten Konzeptionen aufrechtbleiben und auf Maßregelungen verzichtet wird, ohne großen Widerstand angenommen wurde, kam es in Ostrau am 18. und 19. März zu heftigen Szenen in den Versammlungen. Die Mitglieder des Streikkomitees, die zu referieren hatten, mußten

sich große Beschimpfungen gefallen lassen, und nachmittags wurde einer von ihnen, der wacker, in der Organisationsarbeit auch bei diesem Streik unverwundliche Genosse Maria sogar körperlich angegriffen und liegt verwundet im Spital. Begehrend ist, daß ein Teil der Delegierten, die am Sonnabend für die mit 112 gegen 8 Stimmen beschlossene Resolution eingetreten waren, heute gegen ihren eigenen Beschluß astraten und sich wehrlos dem Strom mit fortreißen ließen. Die Erregung der Massen wird naturgemäß von jenen Leuten geschürt, die fürchten, daß sie von der Entlassung betroffen werden würden. In der Verzweiflung des Generalparsons liegt die Hauptquelle der traurigen und gefährlichen Situation in Ostrau. Seit Sonnabend Mittag ist Herr von Roerber in offizieller Kenntnis davon, daß das Streikkomitee das Ende des Streiks beschloß, wenn keine Entlassungen vorgenommen werden, und schon zwei Tage vorher war das Generalparsonat und die Regierung von der Absicht, diesen Beschluß zu fassen, verständigt. Trotzdem war Herr Dr. Roerber nicht im Stande, den blutigeren Starrsinn der Herren Grafen Larisch, Hofrath Jettel und Bergstrath Max von Gutmann zu brechen, die sich dem Generalparsonat absolut widersetzen. Herr Dr. Roerber äußerte auch so lange, das Einigungsamt einzuberufen, bis es zu spät war, so daß auch diese Möglichkeit, die Arbeiter zu beruhigen, verfaßt wurde.

Die traurigen Szenen, die sich in Ostrau abspielten, sind für Jeden verständlich, der all das materielle und moralische Elend, diese Noth und die Vernechtung der vorzigen Arbeiter kennt. Jahrtausend gedrückt und geknechtet, in Unbildung erhalten und dabei an allen Ecken und Enden um die Früchte der Arbeit betrogen, kann dieses Volk einer derartigen Situation nicht gewachsen sein. Es sind Kinder, die nicht ernst überlegen können, die jeder Suggestion viel leichter erliegen als Erwachsene, Kinder, die lange zusammengehalten und jeder Gefahr trogen, deren Stimmung im nächsten Augenblick aber wieder umschlagen kann. Es war ein pädagogischer Mißbrauch, der die Szenen veranlaßte. All das Elend, das sie erlitten hatten, kam ihnen zum Bewußtsein, und zu gleicher Zeit auch die Unmöglichkeit, selbst etwas Besseres zu thun, als was ihnen die Vertrauensmänner vorschlugen. In dieser Stimmung schlugen sie mit Steinen und Häxken auf die Tische und die Tribüne los wie auf die Genossen, denen sie bis dahin unbedingtes Vertrauen geschenkt hatten.

Dienstag Vormittags traten die Mitglieder des Streikkomitees zu einer Sitzung zusammen. Genosse Karpeles hielt eine Ansprache, daß nach den gestrigen Vorgängen das Streikkomitee thatsächlich nicht mehr existirt und daß man jetzt die Mandate auch formell zurücklegen solle. Es war eine ruhende Szene, die sich nur abspielte. Ein Mann nach dem anderen trat auf und schloß die „Wiener Genossen“ an; ja nicht zu meinen, daß sie sich an den gestrigen Vorfällen beteiligten hätten. Dabei weinten alle wie die Kinder. Sie versprachen, daß bald auch die anderen zur Bestimmung kommen würden, bis der erste Horn verräuscht sein werde. Nach der Sitzung, in der das Streikkomitee formell die Mandate zurücklegte, bestanden die Mitglieder des Streikkomitees darauf, daß man sich gemeinsam photographiren lasse, und man mußte ihnen wohl oder übel diesen Wunsch erfüllen.

Auch in der Menge selbst macht sich bereits eine Ernüchterung bemerkbar. Viele sehen bereits ein, daß sie sich haben hinreißen lassen, ohne die Folgen zu überlegen.

Folgendem Aufsatz hat die Gewerkschaftskommission des Märkisch-Odraner Bezirks zustimmen lassen:

Die Ereignisse des Montag-Meetings haben klar gezeigt, daß die Arbeiterchaft dem Streikkomitee und den Vertrauensmännern nicht mehr vertraut. Des Meetings bemächtigte sich ein schlüssiger Heter, weil sie ohne Beweise Behauptungen, gewissenhafte und umsichtige Rathgeber der Arbeiterchaft als feile Verächter herausbrachten. Genosse Maria, ein uns Allen theurer Genosse, wurde, als er auf die Tribüne stieg, von fanatisirten Individuen bestialisch geschlagen, ehe er nur noch ein Wort hatte vorbringen können. Wer kann heute als Vertreter und Sprecher der Arbeiterchaft angesehen werden, wenn die Bergarbeiter denjenigen verwerfen und schlagen, dem sie gestern Beifall klatschten, wenn sie denjenigen glauben, die ohne Beweise durch lange Jahre erprobte Genossen mit Roth bewersert?

Länger sind diejenigen, die das feierlich gegebene Versprechen, daß die neunkündige Schicht, Einfahrt und Ausfahrt inbegreifen, eingeführt werden wird, als wertlos bezeichnet. Das der Sozialpolitische Ausschuss und die Regierung zu diesem Versprechen gezwungen wurden, ist ein großer Erfolg der streikenden Arbeiter. Wir wollten noch mit Hilfe des Einigungsamtes von den Gewerkschaften das Zugeständnis erhalten, daß niemand entlassen werden wird — wir haben gesehen, wie die Streikbrecher an Zahl zunahm, während die Untersuchungen zurückgingen, wir wußten, daß die Arbeiter von Nord- und Westböhmen wieder eingeschifft sind — darum haben wir zu einer einvernehmlichen Beilegung des Streiks gerathen. Aber dafür wurden wir noch beschimpft.

Es war uns also unmöglich — und das ist auch der Standpunkt der gesamten organisirten Arbeiterchaft in Ostreich —, uns am Streik weiterhin thätig zu beteiligen. Wir können nicht weiter die Verantwortung dafür tragen, wo ohne und gegen uns gearbeitet wird. Mögen jene die Verantwortung übernehmen, die heute zur Odraner Arbeiterchaft sprechen und denen diese glaubt, weil sie ihr schmeicheln.

Wenn die Zeit kommen wird, wo wieder Wahrheit und ruhige Überlegung zur Geltung gelangen, werden wir wieder eintreten in die Reihen der kämpfenden Bergarbeiterchaft und uns gern für die gerechte Sache opfern, der wir aus vollem Herzen den Sieg wünschen.“

**lokales und Provinziales.**

Breslau, den 22. März 1900.

**\* Zur Warnung.** Aus dem lothringischen Bergrevier wird geschrieben: Einzelne Hüttenwerke unseres Bezirkes versuchen in der letzten Zeit neben den italienischen auch silesische und polnische Arbeiter als Lohnbrüder ins Land zu ziehen. Durch Agenten wurde Ende vorigen Jahres besonders in Rattowitz und Umgegend die Werbetrommel für die lothringischen Werke gerührt und dabei bekannt gemacht, daß hier für Schleppler Tagelöhne von 4.50 Mk., für Hauer solche von 5.50—6.50 Mk. bezahlt würden. Begreiflicher Weise fand sich eine große Anzahl von Arbeitern, die zu diesen Bedingungen nach Lothringen abzureisen bereit waren, und es trafen denn auch bald zwei Transporte mit etwa 130 Arbeitern aus den erwähnten Gegenden hier ein. Groß war aber ihre Enttäuschung, als sie am ersten Tag statt des versprochenen Verdienstes nur 2.80—3.50 Mk. ausbezahlt erhielten. Der größte Theil der eingewanderten Polen nahm deshalb alsbald die Ablehr, wobei ihnen noch der ganze Betrag der Reisekosten hierher in Abzug gebracht wurde, so daß die armen Leute völlig mittellos dastanden. Sie begaben sich zu Fuß nach dem Ruhrevier oder zurück nach ihrer Heimath, nur fünf Mann blieben am Platze. Es sei noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die den also Geprellten versprochenen Löhne vorher kontraktlich sichergestellt waren, trotzdem aber nicht bezahlt wurden. Man sehe sich also vor, ehe man sich als Lohnbrüder ins Lothringische anwerben läßt.

**\* Eine Herabsetzung des Postos für Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Waarenproben** tritt am 1. April im Reichspostgebiet

in Kraft. Für Obstbriefe beträgt das Porto fortan all-  
gemein 5 Pf., für Postkarten 2 Pf., im Nichtfrankirungsfall  
4 Pf., für Drucksachen: bis 50 Gramm einschließlich 3 Pf.,  
über 50 bis 100 Gramm 3 Pf., über 100 bis 250 Gramm  
5 Pf., über 250 bis 500 Gramm einschließlich 10 Pf., über  
500 Gramm bis 1 Kilogramm einschließlich 15 Pf., für Ge-  
schäftspapiere: bis 250 Gramm 5 Pf., über 250 bis  
500 Gramm 10 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm  
einschließlich 15 Pf., für Waarenproben: bis 250 Gramm  
einschließlich 5 Pf., über 250 bis 350 Gramm einschließlich  
10 Pf., für zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere  
und Waarenproben: bis 250 Gramm einschließlich 5 Pf.,  
über 250 bis 500 Gramm einschließlich 10 Pf., über  
500 Gramm bis ein Kilogramm einschließlich 15 Pf., Druck-  
sachen, Geschäftspapiere und Waarenproben, sowie die daraus  
zusammengepackten Sendungen müssen frankirt sein.

Der Streik der Zigarren-Sortierer und -Sortirerinnen der Firma Otto Dietz in Breslau ist vorläufig  
begeleitet. Als Ausgesperrte befinden sich am Orte noch 11  
männliche und 6 weibliche Sortierer, welche noch zu unter-  
suchen sind. Alle sind verheiratet.

Stadt-Theater. Heute Donnerstag wird die romantische  
Anderer „Indine“ von Kottling zur Aufführung gebracht. Die  
Balllettschläge des zweiten Aktes wird von der Ballettmelikerin Fräulein  
Luise Auguste Bräuninger arrangirt und von den Sololänglerinnen  
und den gesamten Ballettkörper ausgeführt. Morgen Freitag be-  
endet Herr Karl Schibmayer von der Igl. Hofoper zu Dresden  
sein Gastspiel als Gastkraft in der komischen Oper gleichen Namens  
von Verdi. Die Eintrittspreise sind erhöht (Parterre 5 Mk. u.).  
Sonntag findet eine Wiederholung von Wagner's Oper „Die  
Niederlande“ statt. Herr Sommer singt zum ersten  
Male in dieser Saison den Hans Sachs, die Besetzung der übrigen  
Partien ist nicht verändert.

Zusammenstoß. Als am 19. d. Mts., Nachmittags, ein  
Widerstand mit einem Geschäftsdreirad die Ohlauerstraße en-  
tlang fuhr und einem Pferdebahnwagen nach links ausweichen  
wollte, wurde das Dreirad von einem auf dem anderen Gleise  
herankommenden Pferdebahnwagen erfasst, wobei das Vorderrad  
zertrümmert wurde.

Marimung der Feuerwehr. Am 20. d. Mts., Mittags,  
wurde in einer im 3. Stad. Wärbenerstraße 57 gelegenen Wohnung  
eine Gaspipe durch die Flamme eines Spirituskochers in Brand  
gesetzt, wobei auch einiges Hausgeräth von den Flammen erfasst  
wurde. Das Feuer war vor Ankunft der telephonisch gerufenen  
Feuerwehr bereits erlosch.

Kohlengasvergiftung. Am 16. d. Mts., Vormittags,  
sind, wie gemeldet, die Restaurationskassierin, der Schuhmacher  
Drauba und die unberechnete Kassierin in der Restauration der  
Erlenen bedaubt aufgefunden worden. Bei der Frau Kaschdorf er-  
wies sich die ärztliche Bemerkung umsonst, da dieselbe bereits  
tot war. Die beiden anderen Personen wurden im Wenzel-  
haus'schen Krankenhaus untergebracht, wo der Schuhmacher  
Drauba am 19. d. Mts., ohne noch einmal zur Bessung gekommen  
zu sein, verstorben ist. Die Kassierin befindet sich begeben auf  
dem Wege der Besserung. Die folgenschwere Vergiftung der drei  
Personen dürfte auf das Einströmen von Kohlenoxydgas zurück-  
zuführen sein. In der Restauration steht ein Dauerbrandofen, der  
durch Nachschütten von oben gefüllt wird, nachdem der Deckel ab-  
genommen ist. Frau Kaschdorf ließ das am 15. d. Mts., Abends,  
gesamte Ofen zu erlöschenden Ofen senden keinen Abzug.

Grober Rauf. Am 16. d. Mts., Nachts 2 Uhr, erklärte ein  
auf der Kogelstraße wohnender Kellerer einem Schugmann, dass er  
über einen Baum gefallen sei und nun nicht mehr laufen könne. Der  
herbeigerufene Leiter der Unfallmeldestelle 3 des Vereins freiwilliger  
Krankenträger brachte den angeblich Verunglückten mit Hilfe des

Schugmanns nach der nahe gelegenen Station. Raum hatte hier  
die Untersuchung begonnen, als der Kellerer ausbrach und schnell  
davonlief.

Diebstähle. Einer Maurerfrau von der Kurzeasse wurde  
in der Vorborstraße ein schwarzes Portemonnaie mit 7 Mk. ent-  
wendet. Einem Mädchen wurde in einem Krankebaue eine gol-  
dene Damenuhr (Nr. 52112) nebst goldener Kette gestohlen. Ein  
Güterkahn wurde auf dem Wachtplatz eine dunkelviolette gestrichene  
Raduhr gestohlen. Dem Krankenkassen einer Krankebaue wurde in  
dem Kassenlokal auf der Klübstraße aus seinem Lederetui ein  
Portemonnaie mit 5,95 Mk., ein Paar neue Handschuhe und ein  
Brief entwendet. Am 18. d. Mts., Abends, wurde auf dem Do-  
minikanerplatz ein Handelsmann von Unwohlsein befallen. Mehrere  
Männer bemüht sich um ihn, wobei ihm seine silberne Taschenuhr  
von der Kette rissen und gestohlen wurde.

Verhaftungen. Am 20. d. Mts., Nachmittags, kam ein  
Arbeiter in ein Eisenwaarengeschäft auf der Kogelstraße, um Nagel  
zu kaufen. Hierbei entwendete er ein Wadett Messingbrädel im  
Werthe von 20 Mk. und ergriff die Flucht. Er wurde nach kurzer  
Verfolgung eingeholt und festgenommen. Ferner wurde ein Ar-  
beiter verhaftet, der auf dem Maurerplatz aus einer Kiste mehrere  
Bretter gestohlen hatte.

Spezialgerichtsverhandlungen. In das Vollzugsgefängnis wurden  
am 20. d. Mts. 23 Personen eingeliefert. — Gefangen wurden:  
eine Scheitelaffenwaise, ein schwarzer Damenmantel, 7 weiße Herren-  
tragen, ein Damenumbang, eine Inwaldenkarte und ein Käckchen,  
enthalten 21 Coupons. — U s a n d e n kamen: eine goldene Hals-  
kette, ein schwarzer Federfächer, eine gestochene goldene Uhrkette mit  
einer Medaille und ein Brillant im Werthe von 100 Mark.

Eine Versammlung der in der Wassermesser- und  
Eisenbau-Gesellschaft, vorm. D. Meinecke, beschäftigten Arbeiter  
tagte gestern Abend im kleinen Saale des Vincenzhauses. Es  
gingt, Stellung zu nehmen zu dem kürzlich von uns gemeldeten  
Arbeiterausfall in der genannten Fabrik. Nach dem in dieser  
Versammlung erstatteten Situationsberichte ist es in der ge-  
nannten Fabrik bereits im vorigen Jahre zu Protesten ge-  
kommen. Während früher amehmbare Löhne gezahlt wurden,  
führte man für die Werkzeugschlosser und -Dreher plötzlich Stufen-  
weise ein, die den von ihnen Betroffenen einen Lohnausfall  
von 50 bis 60 Prozent bedeuteten. Infolge der Verhandlungen  
wurde der Werkzeugschlosser früher veranlaßt, im vorigen Jahre  
seine Entlassung zu nehmen. Anfang dieses Monats wurde nun  
der Werkzeugmacher Ditzing entlassen, weil angeblich keine Arbeit  
mehr vorhanden sei. Sofort erklärten sich sämtliche Werkzeug-  
macher mit dem Gemahregelten solidarisch. In diesem Streit  
Stellung zu nehmen, war Aufgabe der einberufenen Versamm-  
lung. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß augenscheinlich  
innerhalb der Betriebsleitung das Bestreben besteht, langsam die  
Arbeiter hinauszuwimmeln. Seitens des Arbeiterausfallkomitees  
wurde über die Verhandlungen mit dem Direktorium berichtet.  
Dreimal haben Verhandlungen stattgefunden. Der Gemah-  
regelte, Werkzeugmacher Ditzing, hat im Interesse des Friedens  
freiwillig auf Wiedereinstellung verzichtet. Die Arbeiter der  
Wassermesser- und Phonographen-Abtheilung der Fabrik ver-  
langten aber die Wiedereinstellung der übrigen Streikenden  
(neun Werkzeugmacher). Die Direktion hat mit ihrer Ant-  
wort fortwährend geögert und sich schließlich dahin  
entschieden, daß die Ausständigen auf Wiedereinstellung rechnen  
können, wenn sie ein „Bittebuch“ an die Direktion einreichen  
würden. Sämtliche Ausständigen erklärten, daß sie sich dazu  
nicht verziehen würden. Von mehreren eingeladenen Resolutionen  
wurde über die weitgehendste durch Stimmzettel abgestimmt, und  
dieselbe mit 120 gegen 29 Stimmen in folgender Fassung an-  
genommen:

„Die heute im Vincenzhause tagende Versammlung der Arbeiter  
des Meinecke'schen Betriebes weilt die Forderung in Betreff des  
Bittebuches mit Zustimmung zurück und erklärt sich mit den  
Ausständigen solidarisch. Sie giebt dem Arbeiter-Ausfall den  
Auftrag, mit der Direktion weiter zu verhandeln. Falls bis  
Montag Abend eine Einigung nicht erzielt wird, erklären die

in Frage kommenden Arbeiter des Wassermesser- und Phono-  
graphenbaues Mittwoch früh in den Ausfall zu treten.  
Von den Abstimmenten gehören 32 dem Metallarbeiter-  
Verbande nicht an, die Uebrigen sind organisiert. Die  
Maßnahme, im Falle des Streiks die Pflicht zu thun, wurde  
Verammlung geschlossen.

Wärscheldorf. Die Eröffnung der hiesigen gewerb-  
lich-technischen Fortbildungsschule ist bis zum 1. Mai verschoben worden.  
Regierung die Ausbehebung der Schulspflicht bis zum vollen  
18. Lebensjahre fordernd. Es mußte dementsprechend das Drie-  
angeordnet werden. Hoffentlich erlangt das neue Statut die  
erforderliche Genehmigung.

Wärscheldorf. Am Sonnabend in den ersten Nachmit-  
tagsstunden waren die Gebrüder Schleg mit dem Abruch des ge-  
bäudes beschäftigt. Die Mauern bestanden aus Fachwerk.  
Der Arbeiter stürzte ein und begrub die beiden mit der Nieder-  
des Gebäudes beschäftigten Brüder. Aus dem Schutt wurde  
eine als Leiche, der andere als schwer Verletzter herausgeholt.  
Während der Leiche im Krankenhaus Aufnahme fand, wurde  
zu Tage Beruunglückte in das Krankenhaus auf dem evange-  
lischen Friedhofe geschafft.

Wärscheldorf. Am Sonnabend wurden die  
Bauskizzen der Gebrüder Schleg vom Verband der Arbeiter  
und der Zimmerer gefordert mit der Bemerkung, daß sie  
arbeiten dürfen, wenn sie ihre Kometer im Verband niederlegen.  
eine der Herren vom Bau“ erklärte, wir verzichten nur ein-  
der Not, wenn wir ihnen kündigen. Dieses Vorgehen dürfte  
eine entgegengelegte Wirkung ausüben wie die Neuaufrahme  
Mitgliedern 21 und für die Gemahregelten wird gesorgt zu  
Arbeit findet.

Wärscheldorf. Am 21. März. Unglücksfall. In der Sch-  
lößchen Fabrik verunglückte bei der Reparatur  
Fahrrades zwei Schlosser, welche seitens einer Bresla  
Firma zur Montage herber geschickt wurden. Dem Verne-  
nach soll der Fahrrad mit beiden Monteuren in die Tiefe ge-  
sein, wobei der eine der Schlosser schwere Verwundungen am  
innere Verletzungen und einen mehrmaligen Bruch des Halses,  
andere eine Verletzung der Hand, eine Kopfverletzung und  
davontrug. Die Verunglückten wurden in das St. Albin-Hof-  
überführt. Der Zustand des einen Verunglückten ist, den „Op-  
Nachr.“ zu Folge, ziemlich hoffnungslos.

**Neueste Nachrichten.**

Die Berathung der Flottenvorlage in  
Budgetkommission des Reichstages wird nach dem Mittelbau  
welche der Vorsitzende der Kommission im Senatorenkonvent ge-  
hat, mit Rücksicht auf die Erkrankung des Mitgliedes, welche  
bei der Berathung wesentlich beizuhelfen werden, erst nach  
Osterferien beginnen. Ueber die Deckungsfrage,  
betrachtlich eine Hauptrolle bei der Verhandlung spielen wird,  
sich vertraulich, natürlich unverbindliche Ber-  
sprachungen zwischen einzelnen Mitgliedern der Kommi-  
stattgefunden.

Die Bergarbeiter im Drauer Revier verlu-  
gestern vor dem Direktionsgebäude der Witkow-her Kohlenrub-  
dem o n s t r e n. Veruche in Orlau und Ragwin, die  
arbeitenden Bergleute aufzureizen und von der Arbeit abzubau-  
wurden durch das Einschreiten der Polizei, die die Demonstra-  
vertriebt, vereitelt.

**Wasserstands-Nachrichten.**

Wasser- stand am 1. d. Mts.	Beuthen	Kösl	Stuppitz	Rositz	Wies- sitz	Ortitz	Wittau	Wittenberg	Wittenberg	Breslau	Wittenberg	Wittenberg	Wittenberg	Wittenberg
22.3.	2.04	1.47	2.58	—	3.80	2.78	5.06	3.19	2.60	2.85	6.40	0.88	2.80	—
21.3.	2.10	1.64	2.74	0.17	3.78	2.70	5.04	3.08	2.47	2.24	5.98	0.82	2.70	—
Witten	1.52	0.77	2.01	0.58	4.98	2.11	4.88	2.51	1.52	1.87	4.94	0.44	2.00	—

**Stadt-Theater.**  
Donnerstag:  
„Indine“

**Lobe-Theater.**  
Donnerstag:  
„Die Selb“

**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**  
Donnerstag:  
Gruppe O 3. Vorstellung,  
Sonntag:  
Gruppe P, 3. Vorstellung,  
„Die Haubentierche“.

**Dienstag, den 27. und Mittwoch, den 28. März**  
im großen Saale des Schießwerder:  
**Projektions-Vorträge**  
des Privatgelehrten H. Wempe aus Oldenburg i. Gr.

1. Darwin's Theorie und die Archive der Arwelt,
2. Die Welt im Lichte des Fernrohrs oder der gegen-  
wärtige Stand der astronomischen Forschung,

erläutert durch zahlreiche Riesen-Lichtbilder.

Eintrittskarten à 25 Pf. sind bei den Delegirten und Vorsitzenden der  
Gewerkschaften, sowie im Arbeiter-Sekretariat, Meßergasse 18/19, zu haben.

**Zeltgarten.**  
Nur noch wenige Tage der  
Winter-Spezialitäten-Season.  
Saispiel  
des berühmten Breslauer  
M. Lauslow und Ellen Vetter.  
Neu! Im reizend sein Neu!  
Toni Petzold.  
Neu! Brothers Orally Neu!  
u. d. übrige brillante Programm  
Nur noch wenige Tage:  
„Venus auf Erden“  
Im Fuzel:  
Im Lager der Buren.

**48 Waschtische,**  
196 Spiegel-  
Schränkchen  
und Spiegel  
werden einzeln  
auf Abzahl.  
b. einer Anzahl  
v. 5 Mk. und  
rückwärts. Abzahl.  
v. 1,50 Mk.  
z. abgegeben  
S. Osswald,  
Schönblick 74, l.

84 84 84 84 84  
84 **Confirmations-  
Anzüge** 84  
84 in allen Stoffarten u.  
amerikani besser  
Nachführung. 84  
84 **S. Burtig,** 84  
84 Ohlauerstr. 84,  
1. Etage. 84

Socialdemokratisches  
**Liederbuch**  
von  
**Max Kegel.**  
Preis 40 Pfg.

**Bekanntmachung!**  
Von heute ab gelangen die Dresden-Abonnementskarten  
zum Preise von je 10 Mark mit Gültigkeit an den Werktagen  
und für ein Vierteljahr für folgende Touren zur Ausgabe:  
a) Brandenburgische-Ritterplatz,  
b) Brigittenhöl-Sonnenplatz,  
c) Matthiasfrage-Sonnenplatz,  
d) Ring-Mauritiusbrück.,  
e) Rothfretscham-Ring,  
f) Mauritiusbrücke-Brandenburgerstraße.  
Dresden, den 21. März 1900.  
Elektrische Straßenbahn Breslau.

**Möbel.**  
Spiegel u. Polsterwaaren  
in eigener Werkstatt von besten  
Material gefertigt zu billigen  
Preisen. Maschinen, etc. 50 Mk.  
Bühnen 15 .  
Erzeugung | mit  
Schrein | Dübel  
Verteilen | Platte 45  
Spiegel-Schreibtisch 33  
Tisch in gutem Stoff 25  
Seitliche mit Matras 30  
Kleintisch mit hoher Lehne 3  
u. Tümpel. and. Ausstattungsgegenstände  
bekommt man nur bei  
**F. Pauer, Seckelstraße 15,**  
Nicht am Neumarkt.

**Öpfer! Öpfer! Öpfer!**  
Freitag, den 23. März, Abends 7 1/2 Uhr  
**Öeffentliche Versammlung**  
im Vincenzhause (Gingang Seminarstraße).  
Die Tagesordnung wird erst dort bekannt gegeben.  
Angehörige der bevorstehenden Lohnbewegung ist je  
College verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.  
NB. Die Versammlung beginnt Umfänglich erst 7 1/2 Uhr.  
Entrée 10 Pf. Die Lohnkommission  
I. A.: H. Neuberger.

**Wanzek's Etabl. „Drei Kaiser-Saal“**  
Größtenteilsstraße 74.  
Sonntag, den 24. März 1900  
**Grosse humoristische Soirée**  
veranstaltet vom  
Quartettverein der Öpfer „Humanität“.  
Nach den Vorträgen: **Tanz-Kränzchen**  
Es ladet ergebenst ein Der Vorstand

**18 Pfg.**  
für blaues Fleisch  
Wir verkaufen heute, morgen u. übermorgen Cabliau  
im Auschnitt(alles Winterfleisch) per Pfd. zu 18 Pf.  
**Prachtvollen großen Schellfisch**  
ausnahmsweise 18 Pf. per Pfd., im Auschnitt 23 Pf.  
**Große Stücken geräucherten Seelachs**  
à 10 u. 15 Pfg. 331  
**Schöne geräucherte Stündern**  
5 und 10 Pf.  
**D. D.-F.-G. „Nordsee“**  
Schwiedebrodte 48.  
Scheitnigerstr. 37. Friedr. Wilhelmstr. 68.  
Niederlagen: Fischer, Herz Augustenstraße 27-28  
Aust. Palmstr. 8. Reinsch. Größtenteilsstraße 72  
Jos. Priemer, Gröderstraße 1.